REICHSAUSGABE

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 8909. Postscheckkonto Berlin, Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 91 A | BERLIN • Dienstag, den 19. April 1932 | 1. JAHRGANG

Wo Kreugers Diebesbeute geblieben ist?

Auch Hitler soll unter den Beschenkten sein.

o **Stockholm**, 17. April.

Die Stockholmer Zeitung „Sozialdemokraten" gibt an, daß man in den Papieren IVAR KREUGERS neue sensationelle Entdeckungen gemacht habe. U. a. soll man eine Quittung in Höhe von 5 Millionen Pesetas von König ALFONS und eine in Höhe von 100 000 Mark von HITLER gefunden haben.

Wieweit diese Meldung der schwedischen Zeitung stimmt, muß noch geprüft werden. Vielleicht kommt man auf diese Weise hinter die Quelle, aus der für Herrn HITLER die Geldscheine fließen. Denn die Millionen, die sein großspuriger Parteietat führte, stammen kaum aus Pfennig-Beiträgen der Mitglieder seiner „Arbeiter"-Partei.

NS-Zeitung hat wieder kein Glück.

Reichsgericht verwirft ihre Beschwerde.

a **Hannover**, 16. April.

Am 21. März hatte NOSKE die „Niedersächsische Tageszeitung" (NS) verboten, weil sie SEVERING anläßlich der Haussuchungen bei NS Mißbrauch der Amtsgewalt vorgeworfen hatte. Der Verlag hatte gegen dieses Verbot Beschwerde eingelegt.

Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt jetzt mit, daß der 4. Strafsenat des Reichsgerichts die Beschwerde als unbegründet verworfen hat: Der Artikel erbringe für den Vorwurf des bewußten Amtsmißbrauchs nichts Greifbares. Bei so unsicherer Grundlage dürfte aber die erwähnte schwere Beschuldigung nicht öffentlich ausgesprochen werden.

Verkauf von NSDAP-Opferkarten verboten.

Berlin, 16. April.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: Am 15. April wurden dem NSDAP-Mann OTTO SCHRÖDER im Vorraum des Sportpalastes zwei Block Opferkarten je 50 Stück abgenommen. Der Verkauf und Kauf derartiger Opferkarten stellt ebenso wie die Gewährung jeder sonstigen Spende für die SA oder die sonstigen aufgelösten militärähnlichen Organisationen der NSDAP einen Verstoß gegen § 3 der Notverordnung vom 18. April 1932 dar. Durch derartige Handlungen werden die genannten aufgelösten Organisationen unterstützt und damit die vorgenannten Strafbestimmungen erfüllt. Die angeführte Bestimmung setzt für derartige Handlungen eine Mindeststrafe von einem Monat fest.

Zahlen von Kindernot.

Bl. Im „Funken" Nr. 71 vom 24. März 1932 haben wir Zahlen über die Not Berliner Schulkinder veröffentlicht. Die ungeheure Not der Kinder des Landproletariats in Ostpreußen zeigt eine Statistik des Lehrers FOERSTER, die er in „Erziehung und Bildung" (Nr. 7 vom 2. April 1932), der wissenschaftlichen und schulpraktischen Beilage der „Preußischen Lehrerzeitung", veröffentlicht:

„Es dürften hier vor allem die Feststellungen über Wohnungen, Familienstärke und Gesundheitszustand der proletarischen Familien von Interesse sein. Von den Erhebungen erfaßt wurden insgesamt 165 Landschulen mit insgesamt 8676 Kindern; davon waren proletarischer Herkunft 6053 Kinder, also rund 70 Prozent. In einzelnen Kreisen steigt dieser Prozentsatz bis auf 80 Prozent, in anderen sinkt er bis auf 56 Prozent (Schlawe [Pommern]). Von den in der Statistik gezählten 2940 Landarbeiterfamilien wohnten in

1 Zimmer ohne Nebengelaß	221 Familien
1 Zimmer u. Kammer (nicht heizbar)	896 „
1 Zimmer und Küche	369 „
1 Zimmer, Kammer und Küche	694 „
2 und mehr Zimmern	760 „

Hiernach bewohnen also nur 26 Prozent der Arbeiterfamilien zwei und mehr Zimmer. Die restlichen 74 Prozent der Wohnungen weisen nur einen heizbaren Raum auf, der gleichzeitig als Wohn-, Schlaf- und Eßraum, in den ersten 1117 Fällen auch als Kochraum dienen muß. Der größte Teil dieser Wohnungen ist übervölkert. Die Familienstärke der proletarischen Familien steht im umgekehrten Verhältnis zu der Größe der Wohnungen. Von den 2940 Familien bestanden

aus 3 Personen	251 Familien =	8,5 %
aus 4 Personen	542 Familien =	18,4 %
aus 5 Personen	631 Familien =	21,5 %
aus 6—13 Personen	1516 Familien =	51,6 %

Wenn (nach BEYREIS) eine Wohnung als übervölkert anzusehen ist, wenn mehr als drei Personen auf einen Wohnraum fallen, dann sind etwa 70 Prozent aller Landarbeiterwohnungen als überfüllt zu bezeichnen. BEYREIS fand im Kreise Dramburg 67 Prozent der Wohnungen überbelegt, Dr. SCHAPALS im Kreise Gerdauen 85 Prozent der Wohnungen überfüllt. In einer nicht geringen Anzahl von Fällen wohnen 7—13 Personen in einem einzigen Raum. Im Kreis Schlawe gibt es von 132 (von den Erhebungen erfaßten) überfüllten Wohnungen 34 Wohnungen, die in nur einem heizbaren Raum je 7—12 Personen beherbergen. Ein großer Teil der Wohnungen ist baufällig, feucht und vom Hausschwamm heimgesucht. Von 800 Wohnungen im Kreis Gerdauen sind nur 478 gedielt, 305 hatten Ziegelfußboden, 17 gestampften Lehm als Fußboden. 231 Familien waren ohne jeden Abort; in zwei Fällen war für je 14 Familien nur ein Abort vorhanden. (!)

Erschütternd ist die Bettennot, die in Anbetracht des Kinderreichtums und des mangelnden Mobiliars die Erscheinungen großstädtischen Wohnelends noch übertrifft. Von den 6053 Arbeiterkindern schliefen nur 592 im eigenen Bett, mehr als 90 Prozent der Kinder schliefen zu Zweien, Dreien, ja zu Vieren in einem Bett, vielfach auch mit fremden Erwachsenen (Hofgängern) gemeinsam.

Aus allen Kreisen werden übereinstimmend Angaben über die Heranziehung der Landarbeiterkinder zu erwerblicher Beschäftigung gemacht. Kartoffelgraben, Rübenziehen, Hüten, Distelstechen, Schonungpflanzen, Beerensammeln u. a. land- oder forstwirtschaftliche Arbeiten werden von 8 bis 12jährigen Kindern erledigt.

Kinderarbeit und Wohnungsmängel haben zu schweren Schädigungen in der Gesundheit der Landarbeiterkinder geführt. In Anlehnung an den kreisärztlichen Befund wurden in den 165 Landschulen 305 tuberkulose, 210 rachitische und 227 skrofulöse Kinder festgestellt; das sind zusammen etwa 11 Prozent der proletarischen Kinder. Nach den Untersuchungen des Gerdauener Kreisarztes Dr. SCHAPALS wird auch die Säuglingssterblichkeit der Landarbeiterkinder in erschreckender Weise erhöht. Sie beträgt im Kreis Gerdauen 11,8 Prozent und ist 1, 7 Prozent höher als die Säuglingssterblichkeit der Kinder anderer Bevölkerungsgruppen. Neben den unhygienischen Wohnungen und der ungenügenden Kenntnis der Landarbeiterfrauen über Säuglingshygiene ist nach SCHAPALS die übernormale Heranziehung der Frauen zu schwerer Feldarbeit ein wesentlicher Grund für die hohe Sterblichkeitsziffer. In vielen Fällen findet man die Landarbeiterfrau noch zehn Tage vor und schon zehn Tage nach ihrer Entbindung beim Rübenziehen oder Kartoffelgraben.

Inwieweit das Milieu auch für Schwachsinn und nervöse Erkrankungen verantwortlich zu machen ist, steht nicht einwandfrei fest. Es darf jedoch als erwiesen gelten, daß die Zahl hilfsschulbedürftiger Kinder mit dem Grad ökonomischer Notlage wächst. Von den statistisch erfaßten 6053 Arbeiterkindern sind 425 Kinder, also fast 7 Prozent, hilfsschulbedürftig. Und nach den Ermittlungen des Bezirkslehrerrates Königsberg gibt es in den Normalschulen des Bezirkes Königsberg 2413 hilfsschulbedürftige Kinder, das sind 4 Prozent der Einwohnerzahl; in 1390 Fällen sind die Väter Arbeiter in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen; in 151 Familien tragen besonders elende Wohnverhältnisse die Schuld; in 358 Familien beträgt die Kinderzahl 6—19; unehelich und in ungünstigsten Verhältnissen aufgewachsen sind 313 Kinder."

AUS DEM INHALT:

Neue Kämpfe bei Schanghai.
Um das „Reichsbanner".
Hitler-Spiegel.
Arbeitsbeschaffung als Reklametrick.
Kapitalistische Planwirtschaft?
Kampfkraft der englischen Gewerkschaften
Charles Darwin.
Zwei bayerische Urteile gegen katholische Priester.
Heute beginnt: Porgy, ein Negerroman.

Wen wählen wir?

Von Fritz Grob.

Jede Entscheidung der Arbeiterpolitik in Deutschland muß heute ausgehen von der Auseinandersetzung mit der faschistischen Gefahr und ihrer Ueberwindung. Die faschistische Gefahr hat in Deutschland nicht zuletzt ihr drohendes Ausmaß angenommen auf Grund des völligen Verzichts der SPD und der Gewerkschaften auf außerparlamentarische Kämpfe, selbst wenn es die unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft anging. Das ist nicht zufällig so, sondern hat seinen tieferen Grund in der Theorie vom demokratischen „Volksstaat". Umfangreiche außerparlamentarische Kämpfe entthronen nämlich das Parlament von seiner — wenn auch nur eingebildeten — souveränen Stellung bei den Entscheidungen. Die SPD hat deshalb in ihrer Nachkriegspolitik im Parlament stets den Vorwurf gefürchtet, daß sie Rücksicht nehme auf die Forderungen der „Straße". Von den Großbürgern aller Schattierungen wurde das geschickt benutzt, da ja deren außerparlamentarische Aktionen nicht von der „Straße" auszugehen brauchen, sondern ihren Ausgangspunkt nehmen konnten z. B. von den Lahusen-Schlössern und anderen Industriepalästen.

Wenn sozialdemokratische Genossen in ihrer Agitation darauf hinweisen, daß die faschistische Gefahr dadurch so groß geworden sei, daß das Volk im September 1930 so viele Nazis und Kommunisten (und damit einen nicht arbeitsfähigen Reichstag) gewählt habe, so bewegen sie sich mit dieser Argumentation an der äußersten Oberfläche der Politik.

Das Stärkerwerden der Kommunisten und der Nazis ist ja gerade die Quittung dafür, daß die SPD die Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft so gänzlich an den Nagel gehängt hat zu Gunsten der Erhaltung einer rein formalen Republik. Je mehr diese Staatsform in Bedrängnis geriet, je mehr die Demokratie, die Parlamente versagten, desto mehr stellten die Sozialdemokraten den Kampf für die Interessen der Arbeiter zurück, statt durch Uebergang zu außerparlamentarischen Kämpfen die Kraft der Arbeiterklasse zu stärken. Nächst dem Berliner Metallarbeiterstreik 1930, dessen schmählicher Abbruch die Lohnabbauwelle einleitete, sind die jüngsten Ereignisse dafür bezeichnend: Damit gegen die Lohnabbau-Notverordnung vom Dezember 1931 keine politische Tätigkeit entfaltet werden konnte, notverordnete man gleich den „Weihnachtsfrieden" hinterher. (Demokratie auf Stottern mit kirchlicher Fundamentierung sagt der Berliner.) Daß dieser Weihnachtsfrieden von den Sozialdemokraten gebilligt wurde, kann man daraus schließen, daß die SPD und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auch nach dem „Weihnachtsfrieden" nichts gegen den Lohnabbau unternahmen, obgleich vorauszusehen war, daß die Preise nicht entsprechend den Löhnen gesenkt werden würden. Und daß die SPD und die Gewerkschaften bis heute nicht einmal die Forderung auf Wiederherstellung der Reallöhne auf den Stand vor der Notverordnung vom 8. Dezember in den Mittelpunkt einer politischen Kampagne stellten, zeigt, daß sie sich die Politik BRÜNINGS so gut wie völlig zu eigen gemacht haben, und also keinen ernsten außerparlamentarischen Kampf dagegen wollen.

Wenn die SPD so als stiller Teilhaber diese Politik erst ermöglicht, dann sollte sich kein sozialdemokrati-

scher Arbeiter mehr wundern, wenn der Kreis derer, die eine solche Politik stützen wollen, immer kleiner wird, ja daß eine Politik der Verzweiflung um sich greift, die auf das demokratisch auffrisierte System spuckt und zu anderen Illusionen Zuflucht nimmt, — denn an irgend etwas will der Mensch im allgemeinen seinen Glauben hängen.

Daß die faschistische Gefahr mit dem Verbot der SA und SS überwunden sei, wird wohl niemand ernsthaft behaupten. Alles kommt hier auf die Durchführung an. Ist im Deutschland der jüngsten Jahre schon mal etwas Entscheidendes g e g e n die Reaktion durchgeführt worden?

Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben. Die faschistische Gefahr (die Hitlersche und die nicht ganz tolle der Hugenberg, Seeckt, Groener und Genossen) kann nur überwunden werden durch einen gemeinsamen Kampf der ganzen Arbeiterklasse, der vor außerparlamentarischen Mitteln, insbesondere Massenstreiks, nicht zurückschrecken darf, und der auf dem Boden der Arbeiterklasse geführt werden muß, nicht auf dem des Bürgertums, der z. B. als Kandidaten für wichtige Posten Klassengenossen aussucht und keinen Bürger.

Wer das Steuer nicht auf diesen Kurs hält, der fördert den Faschismus, mag er mit Worten Hitler noch so sehr bekämpfen; denn er *stärkt* nicht die Kampfkraft der Arbeiterklasse, sondern *zerrüttet* sie.

Wie kann man heute das Steuer mehr auf diesen Kurs halten? Dadurch, daß man bei der Preußenwahl SP wählt, oder dadurch, daß man KP wählt? Unzweifelhaft ist wohl für jeden, daß man die Politik der SPD nicht dadurch von der Verbindung mit dem Bürgertum abbringen kann, wenn man sie jetzt wählt. Dann wird ihr nämlich der Kamm noch mehr anschwellen als nach den Reichspräsidentenwahlen, als sie selber und alle anderen mit ihr erstaunt war über das prompte Einschwenken ihrer Anhänger in die Hindenburg-Front.

Jeder der bisherigen SP-Wähler, der *unzufrieden* ist mit der SP-Politik, wird das bis hier Gesagte zugeben. Aber nun kommt für diese kritischen Anhänger jene Frage, auf die sie keine rechte Antwort wissen: Wenn ich dann gar nicht wähle, oder wenn ich KP wähle, fördere ich damit nicht den Faschismus?

Wer bei dieser Wahl gar nicht zur Abstimmung geht, fördert selbstverständlich durch sein Wegbleiben HITLER, weil er nicht alles tut, ihn zu schwächen.

Falsch aber ist die Behauptung: Jede KP-Stimme fördere den Faschismus. Man kann zwar erwarten, daß die KPD zusammen mit den Faschisten gegen die Regierung Braun-Severing in Preußen stimmen wird. Das ist bei dem augenblicklichen Stand der Dinge gewiß zu verurteilen. Aber durch ein Mißtrauensvotum kommt ja noch keine faschistische Regierung ans Ruder; dazu gehört eine faschistische *Mehrheit*. Daß die KP für eine faschistische Regierung stimmen wird, ist so gut wie ausgeschlossen. Ob eine solche Mehrheit zustande kommt oder nicht, hängt also nur davon ab, wie weit es gelingt oder nicht gelingt, den faschistischen Parteien Wähler zu entziehen. Und die Verminderung der Stimmen für die Faschisten gelingt nicht nur durch Wahlpropaganda in letzter Stunde, sondern die hängt bereits ab von der Politik der vergangenen Jahre. Das sollen sich die SPD-Anhänger eingestehen und nicht vergessen. Dazu kommt: wer jahrelang selbstgefällig auf seine Zahl pochend in kommunalpolitscher, gewerkschaftlicher und sonstiger Arbeit glaubte, weil er „drin saß", andere gängeln zu können und ihnen über den Mund zu fahren, ohne *sachlich überlegen* zu sein, gegen den gibt es ein gefährliches Wort, das leicht zündet, und das Hitler geschickt aufgegriffen hat: „Bonzenwirtschaft!"

Nach dem 1. Wahlgang der Präsidentenwahl, der hier einen Vergleich ermöglicht, hat Hitler in Preußen 29,8 Prozent, Duesterberg 7,7 Prozent, Hindenburg 47,1 Prozent und Thälmann 15,9 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Die entscheidende Frage ist also: Wird der faschistische Block über die *mindestens* 37 Prozent, die er in Preußen bereits hat, hinauskommen und zur Regierungsbildung 51 Prozent der Mandate zusammenbringen?

Das ist nicht sehr wahrscheinlich; sollte es aber der Fall sein, so wäre es parlamentarisch nicht einmal dann zu verhindern, wenn alle kommunistischen Wähler Sozialdemokraten wählen.

Daß nach diesen Ueberlegungen auch die Stimmabgabe für die SAP bei der Preußenwahl keine bessere Lösung ist, liegt auf der Hand. Dazu ist nicht einmal sicher, daß die Stimmen, die für die SAP abgegeben werden, nicht sämtlich Hitler zu gute kommen, da es zweifelhaft ist, ob sie überhaupt in einem Wahlkreis die 50 000 Stimmen aufbringen wird, die für die Wahl eines Kandidaten nötig sind, zumal sie keine Verbindung ihrer Liste mit einer anderen Liste erreicht hat. Ferner ist die SAP ihren Grundlagen nach ein so hoffnungslos unklares Gebilde, daß man mit Sicherheit voraussagen kann, daß sie der Arbeiterschaft wenig mehr als Enttäuschung bringen wird. Wir können es jedenfalls heute nicht verantworten, in der Arbeiterschaft neue Illusionen zu erwecken, wie es der Fall sein würde, wenn wir die SAP zu wählen empfehlen würden, nur weil sie die Politik der SP und KP für verfehlt erklärt.

Fassen wir also zusammen: Wir wählen die KP als kleineres Uebel. Eine Unterstützung der — sowieso verbürgerlichten — SP würde diese nur so deuten, daß sie sich um eine Vertretung der Arbeiterinteressen durch Einleitung außerparlamentarischer Kämpfe nicht zu bemühen brauchte. Durch eine verstärkt aus den Wahlen hervorgehende KP hingegen könnte die SP schon aus bloßem Parteiinteresse heraus veranlaßt werden, mehr als bisher eine Politik für die Interessen der Arbeiterschaft zu treiben, um damit der KP Wähler abzujagen. Eine schwache KP könnte die SP parlamentarisch nicht einmal dazu nötigen.

Freilich hat die KP viele Mängel — aber die zu beseitigen, sind andere Maßnahmen nötig als Wahlen.

Drei Aktionen auf einmal.

Verhandlungen über die Donaufrage.

Wenn es zur Hilfe für die Donaustaaten nur auf die Beachtung ankäme, die ihrer Not in den internationalen Besprechungen und Verhandlungen Europas gezollt wird, dann wäre die Krise an der Donau gewiß schon überwunden. Kaum eine internationale Zusammenkunft, auf der nicht von dieser Not die Rede wäre! Mit den Donau-Plänen beschäftigt sich die Internationale Handelskammer, die zu diesem Zweck am Sonnabend in Innsbruck zu einer Tagung zusammengetreten ist; mit den Donau-Plänen will sich der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes beschäftigen und hat sich dafür von der wirtschaftlichen Abteilung des Völkerbundsekretariats ein Gutachten ausarbeiten lassen — das freilich keine neuen Argumente in die Diskussion geworfen hat; an Denkschriften zur Donaufrage arbeiten Vertreter Deutschlands, Englands, Italiens und Frankreichs; der in London verabredete Austausch dieser Denkschriften soll voraussichtlich schon in den nächsten vierzehn Tagen erfolgen.

Werden alle diese Bemühungen weiterführen? Die Internationale Handelskammer und der Völkerbundsausschuß haben den diplomatischen Vertretern der interessierten Regierungen gegenüber den Vorteil, leichter die wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die bei der Abwägung der Pläne Berücksichtigung verdienen, in den Vordergrund treten lassen zu können. Aber auch sie müssen mit den politischen Gegensätzen rechnen, an denen die Verständigung unter den Großmächten zu scheitern droht.

Neue Kämpfe bei Schanghai.

b Nanking, 17. April.

Das chinesische Kabinett nahm am Sonnabend zu den japanischen Vorschlägen zur Regelung der Schanghaier Streitfragen Stellung und beschloß, die japanischen Forderungen abzulehnen. Man rechnet infolgedessen mit einer erneuten Verschärfung der Lage.

Die Japaner haben bereits am Sonnabend die Chinesen bei Schanghai angegriffen, auf beiden Seiten haben schwere Verluste stattgefunden.

England protestiert gegen deutsche Einfuhrbeschränkungen.

m London, 17. April.

Der englische Handelsminister Runciman erhebt jetzt, wie „Sunday Chronicle" meldet, erneute Vorstellungen bei der deutschen Regierung, um eine Beseitigung der Einfuhrbeschränkungen für englische Kohle zu erwirken.

Vor dem Haager Gerichtshof.

Zur Behandlung des Memelkonflikts.

Der Präsident des Ständigen Internationalen Gerichtshofes hat den Termin für das schriftliche Vorverfahren in der Angelegenheit der Auslegung des Memelstatuts festgesetzt. Das mündliche Verfahren wird im Laufe des Juni stattfinden können.

Inzwischen häuft sich anläßlich der bevorstehenden Landtagswahlen in Memel ständig neuer Konfliktstoff an. Die Lage wird vor allem verschärft durch die Einbürgerung zahlreicher Litauer in Memel, durch die die Wahlaussichten zu Gunsten Litauens verschoben werden. Simmat hat diese Einbürgerungen ermöglicht, indem er eine Reihe einschränkender Bestimmungen für die Einbürgerung hat fallen lassen.

Der litauische Ministerpräsident Tubelis ist am Sonnabend für einen Tag nach Memel gefahren, um sich mit den Verhältnissen dort vertraut zu machen.

Der Planet ohne Visum.

B. T. Konstantinopel, 15. April.

Trotzki ist, nach anscheinend zuverlässigen Meldungen, die bereits erteilte Erlaubnis zum Kursaufenthalt in der Tschechoslowakei wieder entzogen worden, weil es ihm nicht gelungen ist, das Rückreisevisum für die Türkei zu erhalten. Die Verweigerung dieses Visums ist eine juristische Konsequenz der Tatsache, daß Trotzki kürzlich die Sowjetbürgerschaft verloren hat und dadurch zum staatenlosen Flüchtling geworden ist. Nach den in der Türkei geltenden Bestimmungen können sich Emigranten in der Türkei zwar ungehindert aufhalten, wenn sie die Türkei aber einmal verlassen haben, dürfen sie nicht mehr zurückkehren. Trotzki muß also entweder alle Reisepläne aufgeben, oder ein Land ausfindig machen, daß ihn für immer aufnimmt.

Im Donaugebiet von Jugoslawien und Bulgarien sind seit Tagen infolge ununterbrochener Regenfälle weite Landstriche überschwemmt. Flugzeuge beobachten die Entwicklung der Lage, um Hilfsmaßnahmen an die richtige Stelle zu beordern; durch Bombenabfürfe sind Dämme gesprengt worden; dadurch soll der Abfluß des Wassers ermöglicht werden.

PORGY.

Ein Neger - Roman von *du Bose Heyward.*

(Deutsche Rechte: Th. Knaur, Nachfolger, Verlag, Berlin.)

I.

Im Goldenen Zeitalter lebte Porgy, — nicht in dem einer längst verklungenen Sage, auch nicht in dem, das nur im Herzen der Jugend glüht, und dessen Erinnerung jeder Mensch, der die Mittagshöhe seines Lebens überschritten hat, wie einen köstlichen Schatz sich bewahrt, — sondern weil er zu den Männern gehörte, die immer Kinder bleiben, und in einer schönen, alten Stadt hauste, die die Zeit mit ihrem zerstörenden Einfluß vergessen zu haben schien . . .

Ja, wahrhaftig, — in Porgys Stadt herrschte noch das Goldene Zeitalter, — nicht zuletzt für die Bettler! Betteln war damals ein Beruf, der seine Tradition pflegte, wie jeder andere. Ein Mann bettelte, — einfach, weil er Hunger hatte, genau wie einer, der tatkräftiger veranlagt war, aus demselben Grunde Packträger wurde oder sonst eine nahrhafte Beschäftigung ergriff. Wer seinen Nebenmenschen um eine milde Gabe ansprach, weckte in ihm nur eine halb unbewußte Reflexbewegung, — die Hand faßte in die Tasche und reichte eine kleine Münze dar —, aber er setzte dadurch nicht die unpersönliche, seelenmordende Maschinerie einer organisierten Wohltätigkeit in Bewegung. Vorleben und Charakter blieben seine eigene Angelegenheit, und meist hatte er auch das Glück, daß der Spender an beides nicht dachte.

Wäre dies alles nicht so gewesen, wäre Porgy eine Generation, oder auch nur ein Dutzend Jahre später geboren worden, hätte die Welt wieder einmal die uralte Tragödie vom Genie, dem die Möglichkeit, zu wirken, versagt ist, erlebt. Denn wie sie dem Künstler die Sehnsucht nach Schönheit, dem Kaufherrn den Blick fürs Geschäft in die Wiege legt, hatte die Vorsehung in ihrer Güte Porgy mit allem ausgestattet, was einem Bettler Erfolg verspricht. Statt stämmiger Schenkel, die ihn zum Lastträger auf den großen Baumwoll-Kais bestimmt hätten, gab sie ihm verkümmerte Beine mit auf den Lebensweg, die jedem Vorübergehenden sofort auffielen und sein Mitleid erregten. Entweder war er es von Geburt, oder er hatte sich dazu entwickelt, weil er über das Leben nachgedacht, — jedenfalls war Porgy eine Persönlichkeit, die man nicht übersehen konnte, die alle interessierte und zarter Besaitete sogar verwirrte. Er hatte etwas, was ihn unbedingt aus der Schar derer heraushob, die gleich ihm von der Mildherzigkeit lebten. Während seine Kameraden auf jede nur erdenkliche Weise die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken suchten und, wenn sie eine Gabe erhalten hatten, sich nicht genug tun konnten an Dank- und Segenswünschen, saß Porgy still und versonnen da. Sein nach innen gerichteter Blick hatte etwas Mystisches, das an den Orient denken ließ. Er lächelte niemals und nahm von einer Gabe nur durch ein langsames Heben seiner seltsamen, dunklen Augen Kenntnis. Seine Haut war schwarz, von jener fast ins Bläuliche gehenden, tiefen Schwärze, die unvermischtes Kongoblut verrät. Seine Hände waren auffallend groß und kräftig und wirkten, selbst wenn sie müßig in seinem Schoße ruhten, direkt erschreckend durch den Gegensatz zu seinem schwächlichen Körper. Wer nicht gerade vollkommen in Gedanken versunken eine Münze in seine Tasse warf, mußte von ihnen den etwas beunruhigenden Eindruck haben, daß in ihnen eine ungeheure, verhaltene Energie schlummere, die nur durch unendliche Geduld gebändigt wurde.

Niemand wußte, wie alt Porgy sei, und niemand konnte sich erinnern, wann er zum erstenmal unter den Bettlern des Ortes aufgetaucht war. Eine Frau, die vor zwanzig Jahren geheiratet hatte, entsann sich, daß er schon damals auf der Kirchentreppe gehockt und sie sehr erschreckt hatte.

Ein Kind, das Porgy einmal bemerkte, fragte erstaunt: „Worauf wartet er eigentlich?" Dieser Ausspruch charakterisierte ihn besser als alles andere; er wartete, wartete mit der gleichen Selbstverständlichkeit, mit der ein Brennglas die Sonnenstrahlen in einem Punkt sammelt.

Pflichtgetreu wie ein Kaufmann oder Beamter, die übrigens zu seinen besten Kunden zählten, ging Porgy seinem Beruf nach. Jeden Morgen, wenn das Geschäftsviertel erwachte, fand man ihn an der Mauer der alten Apotheke sitzen, die an der Ecke der König-Georg- und der Stadthausstraße gelegen ist. Jahrelange Gewöhnung und ein gewisser Sinn für das Schöne hatten ihm diesen Platz liebgemacht. Hier saß er während der ersten kühlen Vormittagsstunden und blickte durch eine enge Durchfahrt in das frische Grün der Jasperanlagen, wo die Kinder ihre Papierdrachen flattern ließen oder zwischen den Büschen Versteck spielten. Wenn dann die Sonne stieg und ihre senkrechten Strahlen eine fast tropische Hitze zwischen die beiden Häuserreihen ergossen, wo die Luft unbeweglich brütete wie in einem Flammenpfuhl, überkam Porgy die selige Ruhe seiner Vorfahren. Ab und zu nickte er auch wohl ein in der fürchterlichen Glut, die nur ein Vollblutneger erträgt. Gegen Nachmittag traf ihn dann ein leichter, bläulicher Schatten, der mit großer Schnelligkeit breiter und breiter wurde, die glühenden Fliesen des Bürgersteiges abkühlte, und in dem dann der Strom seiner Kunden, die nach Hause strebten, wieder an seiner leeren Tasse vorüberrauschte.

Am liebsten aber waren Porgy die Spätnachmittagsstunden, wenn die Straße wieder ruhig dalag und das Sonnenlicht in satten Farben über das niedrige Dach der Apotheke herabflutete, den gelblichen Bewurf des gegenüberliegenden Hauses in rötlichschimmerndes Gold und die alten, verwaschenen Dachziegel in poliertes Kupfer verwandelte. Dann öffnete auch die schlanke, weißgekleidete Dame, die den zweiten Stock dieses Hauses bewohnte, die hohen Balkontüren ihres Salons. Porgy konnte sie dann, wenn auch nur undeutlich, am Klavier sitzen sehen und lauschte in der sinkenden Dämmerung ihrem Spiel, bis der alte Peter mit seinem Wagen vorüberkam und ihn mit nach Hause nahm . . .

*

Ein Laster jedoch hatte Porgy: während sein Tag im täglichen Einerlei braver Bürgerlichkeit dahinfloß, war er des Nachts ein fanatischer Spieler. Allabendlich teilte er seine Einnahme sorgfältig in zwei ungleiche Teile: ein Minimum behielt er für Wohnung und Essen zurück, — den Rest opferte er für das nächtliche Spiel . . . (Fortsetzung folgt.)

Die Kampfkraft der englischen Gewerkschaften.

Von Allan Flanders (London).

Nach englischem Gesetz müssen alle „Unterstützungs-Gesellschaften“ (und Gewerkschaften werden offiziell als solche gezählt) jährlich einen Bericht über ihre Finanzen und ihre Mitgliederzahlen veröffentlichen. Im März 1932 ist eine Uebersicht über diese Gewerkschaftsdaten der vergangenen vier Jahre veröffentlicht worden, der wir die folgenden Zahlen entnehmen:

In Millionen:	1927	1928	1929	1930	Gesamtzahl
Mitgliederzahl	3,95	3,81	3,83	3,81	
Einkommen in Millionen Pfund					
von Mitgliedern . .	7,47	7,19	7,21	7,21	29,08
aus andern Quellen .	0,64	0,60	0,74	0,71	2,69
Ausgaben in Millionen Pfund					
Arbeitslosenunterstützg.	1,04	1,17	0,99	1,75	4,95
Streikunterstützung . .	0,19	0,13	0,10	0,32	1,04
Andere Unterstützung Krankheit, Tod usw.)	2,25	2,26	2,36	2,29	9,17
Unterstützung an andere Gesellschaften	0,24	0,28	0,30	0,27	1,09
Zahlungen aus dem politischen Fonds . .	0,11	0,12	0,18	0,10	0,54
Verwaltung und andere Ausgaben	3,00	2,92	2,95	2,97	11,84
Gesamtfonds:					
zu Beginn des Jahres	8,61	9,90	10,80	11,68	
am Ende des Jahres .	9,90	10,82	11,59	11,90	

Was zeigen diese Zahlen?

Deutsche Arbeiter werden überrascht sein über den geringen Betrag (rund 4 Prozent der Gesamtausgaben), der von den englischen Gewerkschaften seit dem Generalstreik 1926 für Arbeiterkämpfe ausgegeben worden ist. Dieser geringe Betrag würde nichts besagen, wenn während dieser Zeit Reserven aufgespeichert worden wären für künftige Kämpfe. Aber obwohl die Mitglieder 29 Millionen Pfund Beiträge gezahlt haben, sind die Rücklagen nur um 3¼ Millionen Pfund in dieser Zeit gestiegen.

Gab es keinen Anlaß zum Streik während dieser vier Jahre? Betrachten wir das Jahr 1930. Während dieses Jahres sind die Löhne von rund 1 Million Arbeitern gesenkt worden. Aber nur 241 000 Arbeiter waren in Tarifkämpfe verwickelt, und nur für 18 000 Arbeiter ist mit Erfolg gekämpft worden. Das bedeutet, daß mehr als ¾ Millionen Arbeiter Lohnkürzungen hingenommen haben ohne Kampf. Die Gewerkschaftsführer weisen auf die finanzielle Schwäche der Gewerkschaften hin. Aber wenn dieser Grund gilt, dann verschwindet jede Hoffnung, daß die Gewerkschaften in absehbarer Zeit kampffähig sein werden.

Was hat die Kasse der Gewerkschaften so entleert? Mehr als 40 Prozent der Ausgaben gehen auf das Konto: Verwaltung und andere Ausgaben (die letzteren enthalten Auslagen für Konferenzen, Tagegelder für Delegierte und ähnliches); mehr als 50 Prozent gehen auf das Konto von Unterstützungen. Nur wenn diese Ausgaben beschnitten werden, werden die Gewerkschaften ihre Hauptaufgabe, die Verteidigung der Arbeiterlöhne, wenn nötig mit Hilfe von Streiks, wirksam durchführen können. Wenn eine Herabsetzung der Gehälter der Funktionäre vorgenommen würde, so ließe sich bei jedesmaliger Nachprüfung der Umstände auch über eine Verminderung der Unterstützungen an Kranke und Arbeitslose reden.

Was diese Zahlen nicht zeigen.

Welche Wirkung hat die augenblickliche Finanzpolitik der Gewerkschaften auf die Mitglieder? Nach den Zahlen ergibt sich ein sehr geringer Wandel in den Mitgliederzahlen der letzten vier Jahre. Aber die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder sagt leider nichts über die Zahl der *aktiven* Mitglieder. In Wahrheit hat jede Gewerkschaft mit einem wachsenden Verlust an Vertrauen und Interesse auf seiten der Mitglieder zu kämpfen. Diese Zerstörung des Glaubens an die Kraft der Organisation hängt selbstverständlich mit der Finanzpolitik der Gewerkschaften zusammen. Das mögen zwei Beispiele beleuchten:

Bei Gesprächen mit Gewerkschaftskollegen über den schlechten Besuch der Gewerkschaftsversammlungen erklärten sie ihr erlahmtes Interesse nicht mit dem Rückgang der Löhne und der schlechten wirtschaftlichen Gesamtlage, sondern damit, daß sie gar nicht wüßten, was sie eigentlich in den Gewerkschaften sollten. Was seien denn die Gewerkschaften anderes als eine Organisation, die mit den Unternehmern verhandelt? Die große Masse der Kollegen werde ja doch niemals aufgerufen, sich gegen die Forderungen der Unternehmer zur Wehr zu setzen; alle Entscheidungen der Organisation würden von den Führern über die Köpfe der Masse hinweg entschieden.

Der andere Grund für die Gleichgültigkeit gegenüber den Gewerkschaften läßt sich am besten illustrieren am Bergarbeiterverband, dem ärmsten unter allen Verbänden. Während die arbeitslosen Bergarbeiter in Südwales hungern und in Trostlosigkeit dahinleben, erhält der Sekretär des Bergarbeiterverbandes von Großbritannien ein Gehalt von 12 000 M. außer einem Zuschlag von 1500 M für Miete und Heizung und einer Rückerstattung aller seiner Spesen. Leider sind die meisten Bergarbeiter darüber nicht orientiert, wenn sie auf den Wohlstand sehen, in dem ihre *lokalen* Funktionäre leben, während es den meisten Kollegen am Nötigsten fehlt. Wenn man zu ihnen sagt, ob sie nicht der Gewerkschaft beitreten wollen, so antworten sie: „Ich werde den Deubel tun und wöchentlich einen Schilling zahlen, um ‚den da‘ zu füttern.“

Ergebnis: Wenn die Gewerkschaften so weiter wirtschaften, wie bisher, so wird ihre Zukunft unheilvoll werden: ihre finanzielle Kraft und die Kampfkraft ihrer Mitglieder werden von Jahr zu Jahr zurückgehen. Ein freiwilliger Verzicht auf die hohen Gehälter und Ausgaben für die Funktionäre, ein Schlußmachen mit dem ewigen Verhandeln mit den Unternehmern und die Verwendung der Gewerkschaftsgelder für Streikkämpfe der Arbeiterschaft, gerade heute, wo die Unternehmer zum Angriff vorgehen, das würde die Kraft dieser großen und auf große Traditionen zurückschauenden Arbeiterorganisationen in England zu neuem Leben erwecken.

Gewerkschaftskonferenz in Genf.

V **Genf**, 16. April.

Die Internationale Gewerkschaftskonferenz, die vor mehreren Wochen in Bern beschlossen wurde, hat am Sonnabend ihre Beratungen in Genf begonnen. 21 dem IGB angeschlossene Verbände nehmen an den Beratungen teil, außerdem 7 dem IGB nicht angeschlossene Landesverbände: Kuba, Portugal, Norwegen, Indien, Südafrika, Irland und Japan. Von den Berufsinternationalen sind vertreten die der Bauarbeiter, der Diamantenschleifer, der Keramiker, der Lebensmittel-, Textil- und Transportarbeiter.

Die Konferenz soll in erster Linie Kampfmaßnahmen aufstellen für Arbeitsbeschaffung, für Arbeitszeitverkürzung, und zwar für dauernd auf 40 Stunden bzw. auf 5 Tage in der Woche, und für die Aufrechterhaltung des Lohnstandards.

Der Sekretär des IGB, Schevenels, gab eine Analyse der Wirtschaftslage, in der er nachwies, daß alle bisherigen kapitalistischen Versuche, der Krise Herr zu werden, diese nur verschärft haben.

In der Aussprache berichtete der Japaner Nishio von der japanischen Gewerkschaftsorganisation, der jetzt schon 80 Prozent aller japanischen Arbeiter angehörten. Die Organisation werde sich auf ihrem nächsten Kongreß Anfang nächsten Jahres, dem IGB anschließen.

Begräbnis der Brüxer Gefallenen.

Brüx, 17. April.

Am Sonnabend fand die Beerdigung der in den Kämpfen der vergangenen Woche Getöteten statt. Mehr als 20 000 Menschen waren im Trauerzug.

Weitere 2000 Bergleute im Saargebiet entlassen.

i **Saarbrücken**, 16. April.

Wie die französische Generaldirektion der Saargruben den Vertretern der Bergarbeiter-Organisationen mitgeteilt hat, sollen am Dienstag, dem 19. April, weitere 2000 Bergleute zur Entlassung kommen. Außerdem wird die Grube Hostenbach stillgelegt. Die Organisationen wollen gegen diese neue Maßnahme der Verwaltung sofort Schritte unternehmen. Mit den neuen Entlassungen beträgt die Zahl der in den letzten vier bis fünf Wochen entlassenen Bergleute 5000.

Der Tod im Bergwerk.

17 Bergleute verschüttet und erstickt.

m **London**, 18. April.

In einem Glimmerbergwerk in der Nähe von Patna (Indien) brach Feuer aus, wobei 14 Bergleute erstickten, 3 wurden verschüttet und fanden ebenfalls den Tod.

Streik und Aufruhr.

z **Wellington**, 18. April.

Die Arbeiter Neuseelands haben den Generalstreik erklärt als Protest gegen die neuen Gehalts- und Lohnkürzungen. Die Regierung fürchtet den Ausbruch neuer Unruhen, wie sie vorige Woche in Auckland stattgefunden haben, und trifft Vorbeugungsmaßnahmen dagegen.

d **Banama**, 18. April.

Nach Meldungen aus Lima (Peru) ist in Süd-Peru eine Revolution ausgebrochen. Die peruanischen Kreuzer „Almirante Grau“ und „Colonel Bolognesi“, die im Hafen von Panama lagen, lichteten sofort ihre Anker und fuhren nach Peru.

Unternehmerfrechheit.

In einer Frankfurter Firma wurde zwei Zeichnern wegen Arbeitsmangels gekündigt. Der eine Zeichner geht zum Unternehmer und bittet auf Grund seiner Nichtzugehörigkeit zur Organisation um Zurücknahme seiner Kündigung. Der Unternehmer lehnt die Zurücknahme der Kündigung ab mit dem Bemerken:

„Es ist nur gut, daß Sie keiner Organisation angehören, dann werden Sie auch nicht klagbar gegen die Firma vorgehen können.“

(Der organisierte Kollege klagte die ihm zustehenden Ferien ein.)

Hitler

im Urteil des „verdorbenen“ Frankreich und „seines gesunden“ Deutschland.

Wir entnehmen der „Neuen Zürcher Zeitung“ folgenden Bericht:

„Der französische Journalist Pierre Plessis hat Adolf Hitler an einer privaten Soiree in Berlin getroffen und ihm einige Aussprüche entlockt, die für das geistige Niveau dieses Erneuerers Deutschlands bezeichnend sind. Wir folgen der Schilderung im „Paris-Midi“:

„Hitler kommt spät abends im Automobil an. Seine Leibgarde erhält die Erlaubnis, im Hausgange zu kampieren. Wenn Goebbels, der ihn begleitet, im lauten Kommandoton spricht, drückt sich Hitler höflich und ohne Steifheit aus. Man stellt mich als einen Poeten vor, aber er errät an meinem Gruß, was man ihm verschweigt. In fünf Minuten weiß er, daß ich Franzose bin. Er gibt keinerlei üble Laune kund, aber er nimmt an dem Diner nicht teil, da er unterwegs bereits gespeist habe. Er steht an die cheminée gelehnt und betrachtet die Menschen von oben herab. Sein Schnurrbart hat nicht die lächerliche Form, die ihm die Karrikatur gibt. Er nimmt ein Glas und ergeht sich in einigen Bemerkungen über die schamlose Wahlkampagne und seinen sicheren Triumph — trotz München und trotz den andern!

Ich lasse durch einen befreundeten Herrn an ihn eine Frage stellen. Hitler antwortet, daß das Deutschland von 1871 sich durch seine industrielle Entwicklung habe blenden lassen. Er stellt dem Reichtum die alte preußische Tugend entgegen. Ich frage ihn: „Sind Sie ein Mystiker?“ — Er antwortet: „Nein. Es gibt keinen Mystizismus der Hitler-Bewegung, wie sie in Frankreich in so dummer Weise sagen.“ — Ich frage nach den Aussichten der Stichwahlen. Hitler antwortet trocken: „Die Republikaner sind zu bequem, zum zweitenmal zur Urne zu gehen. Wir werden davon Nutzen ziehen.“ — „Und was denken Sie von Frankreich?“ — Diesmal blickt er mich scharf an. „Frankreich liebe ich nicht, weil es ein verdorbenes Land ist neben meinem gesunden Deutschland(!).“ — Ich lächle, ohne mich betroffen zu fühlen, und frage Hitler nach seinem sozialistischen Rezept. Mit Emphase antwortet er: „Die Handwerker, die durch das System hochbezahlte Beamte geworden sind, müssen in ihre Werkstatt zurück.“ — Dann kehrt er mir den Rücken, und Goebbels tritt ein.

Der französische Interviewer hatte sich vor einigen Wochen Wilhelm II. genähert. Hitler erscheint ihm in seiner persönlichen Eitelkeit als eine schlechte Kopie des ersteren. Wenn man an die geistige Kultur des Exkaisers denkt und damit Aussprüche vom verdorbenen Frankreich und dem gesunden Deutschland vergleicht, muß man sich fragen, was aus Deutschland und Europa unter einem solchen Reichspräsidenten geworden wäre.“

Wie weit die Hitler-Bewegung vom Mystizismus frei ist, zeigt das folgende, von einem Leser des „Greifenberger Kreisblattes“ verzapfte

„Glaubensbekenntnis eines evangelischen Frontoffiziers“:

„Es ist mir wie ein Symbol, daß gerade in die nahe österliche Zeit die Wahl des neuen Reichspräsidenten fällt! Schon dröhnen und brausen die Auferstehungsglocken in meinem Ohr! Ihr Klang hat dieses Mal etwas ganz besonderes an sich; sie künden nicht nur das Erwachen der Erde aus dem langen Winterschlaf; aus ihnen klingt und singt es von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf, durch alle Deutschen Gauen: Deutschland wach auf aus Deinem Todesschlaf! Schon steht Dein Erlöser an der Tür Deiner Grabkammer, bereit den Stein fortzuwälzen, Deine Ketten abzustreifen, Dich aus 13jähriger Grabesnacht emporzuführen in das Licht der siegreichen, Tod und Teufel überwindenden Ostersonne! Wirf ab, was Dich unfrei und uneinig machte! Mache Dich auf, werde Licht, denn Dein Licht ist da!! — Wie der Heiland der Welt einst einzog, und das Volk ihm jubelnd zujauchzte, ihm Teppiche unterbreitete und Blumen streute, so soll und wird es auch zu diesem Deutschen Osterfeste sein, wenn Deutschlands Erretter sich naht! Jubeln und Jauchzen wird sein: Heil dem Sohne Deutschlands! Gelobt und gesegnet sei, der da kommt im Namen des schaffenden Deutschen Volkes: Heil Adolf Hitler!

Fritz Gärtner.“

Der englische Sonntag.

Die konservativen Engländer haben ein äußerst wichtiges Gesetz eingebracht; am vergangenen Mittwoch wurde es mit 18 Stimmen Mehrheit angenommen. England hat sich entschlossen, am Sonntag Kinos und dergleichen Belustigungsstätten, die sich unter dem Druck der sonntäglichen Langeweile ihre Einnahmen auch für diesen Tag verschafft hatten, nun auch von Amts wegen spielen zu lassen. Die Macht der Morgenpredigten hat sich doch nicht als so wirksam erwiesen, den ganzen Tag zu verinnerlichen und dem weltlichen Treiben die Tür zu verschließen. Sport ist am Sonntag noch immer verboten. Seltsame Zustände, in denen Menschen vom Staat eine Erlaubnis dafür brauchen, sich Greta Garbo anzusehen.

Tausende von Postkarten und Briefen, die meistens Proteste gegen die Freigabe der Kinos enthalten, sind bei den Parlamentsmitgliedern eingelaufen. Vor allem stehen die Kirchen als Hüter der Ruhe hinter diesen Protesten. Der Vorstand einer freien Kirche hat ein Manifest veröffentlicht, in dem er für den Anspruch jedes Arbeiters auf einen vollen Ruhetag eintritt. „Lärm ist eins der Uebel, die sich wie Meltau auf unsere Zivilisation legen, und die wenigstens zeitweilige Flucht daraus gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen des menschlichen Wohlergehens.“ Alles gut und schön, nur wäre es dann auch im Interesse vieler, daß das Lärmen der Glocken, besonders am Sonntag, dem man nicht entgehen kann — im Gegensatz zur Kinoorgel — gedämpft würde, im Lärmen, das musikalischen Menschen und allen, die „das erste Glockenläuten im germanischen Urwald“ nicht unbedingt für eine Kulturtat halten, schon oft den Wunsch erweckt hat, es möge wenigstens im Himmel, wenn es ihn gibt, ein stilles Eckchen aufzutreiben sein.

Die Volksentscheide.

Sachsen-Landtag bleibt.

g **Dresden**, 17. April.

Die Abstimmung über den sächsischen Volksentscheid auf Auflösung des Landtages, an dem sich die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und die Kommunisten beteiligten, ergab bei 3 664 047 Wahlberechtigten eine Stimmabgabe von 1 392 254. Da die Beteiligten am Volksentscheid weniger als 50 Prozent beträgt, ist der Volksentscheid abgelehnt. Im einzelnen ergaben sich folgende Zahlen:

Ja-Stimmen	1 318 042
Nein-Stimmen . . .	53 442
Ungültig	20 770

*

An diesem Volksentscheid haben weniger Stimmberechtigte teilgenommen als am 10 April für HITLER und THÄLMANN stimmten. Wir teilen bei dieser Gelegenheit das Wahlergebnis des 2. Wahlgangs für den Freistaat Sachsen mit:

Für THÄLMANN	409 781
Für HINDENBURG	1 534 447
Für HITLER	1 288 627

Oldenburgischer Landtag aufgelöst.

o Oldenburg, 17. April.

Heute wurde im Freistaat Oldenburg der von der „nationalen Front" in Gang gesetzte Volksentscheid auf Auflösung des oldenburgischen Landtages durchgeführt. Gleichzeitig brachten die Kommunisten den „roten" Volksentscheid mit dem gleichen Ziele zur Abstimmung. Der Volksentscheid hat mit großer Mehrheit für die Landtagsauflösung entschieden. Das Gesamtergebnis im Freistaat Oldenburg, also einschließlich der Landesteile Lübeck und Birkenfeld (im Rheinland) ist:

Ja-Stimmen	125 365
Nein-Stimmen	5 796
Ungültige Stimmen .	1 079

Die jetzige oldenburgische Regierung ist von den Parteien der Weimarer Koalition gebildet.

Bund geistiger Berufe.

Man schreibt uns aus Leserkreisen:

Eine Anzahl von Angehörigen geistiger Berufe haben eine neue Organisation: den BGB ins Leben gerufen, der berufen erscheint, alle geistigen Arbeiter — soweit sie überhaupt bereit sind, sich über ihre soziale Aufgabe ernstlich zu besinnen — zu sammeln und zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Kulturabbau und Kulturfaschisierung zu mobilisieren. Der Bund hat eine Flugschrift veröffentlicht, die seine Art folgendermaßen charakterisiert:

1. Der Bund soll der Mittelpunkt der Aufklärung, der Selbstverständigung und der Bewegung der deutschen Intelligenz sein.
2. Der Bund nimmt alle Angehörigen aller geistigen Berufe auf, die die von ihm veröffentlichten Thesen für richtig halten oder sie als Diskussionsbasis annehmen.
3. Der Bund ist von jeder politischen Partei unabhängig.

Am 14. April fand ein außerordentlich stark besuchter öffentlicher Vortrags- und Ausspracheabend des BGB statt. Nach einem interessanten Einleitungsvortrag von GUSTAV WYNEKEN sprach RICHARD LINNEKE über die Drosselung der Bauwirtschaft und wies den dringenden Bedarf an Klein- und Kleinstwohnungen nach, ferner die nahezu zentrale Bedeutung der Wohnungsbauwirtschaft innerhalb der Industrie. Den Schwerpunkt des Abends bildete der Vortrag von Dipl.-Ing. BOENING, in dem dieser zeigte, daß es außer dem sozialistischen nur einen einzigen Ausweg aus der Krise gibt: den faschistisch-kriegerischen. Es schloß sich eine außerordentlich anregende Diskussion an.

In seinem Schlußwort hob BUDZISLAWSKI als die unmittelbar aktuelle Aufgabe des Bundes den Beginn einer Versammlungskampagne hervor, deren Aufgabe außer der Sammlung der Intelligenz zugleich auch die Aufrüttelung der Oeffentlichkeit sein soll.

Der Bund will keine Konkurrenzorganisation für die Gewerkschaften (Lehrerverein, Schutzverband Deutscher Schriftsteller u. s. w.) darstellen, sondern vielmehr in der Richtung wirken, daß der Widerstand der bestehenden Organisationen gegen die Abbaumaßnahmen eine Kräftigung erfährt bzw. erst geweckt wird.

Der Bund, der eine Anzahl wichtiger Arbeitsgemeinschaften, unter anderem über die Krise, ankündigt, hat seine Geschäftsstelle im Haus Berolina (Alexanderplatz), Zimmer 604b.

A. H.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: (Bezirk Lichtenberg): Montag, 18. April, um 20 Uhr, Scharnweberstr. 8a, bei Seibke. Thema: Neuer Lohnabbau. — Hitlergefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir?

(Bezirk Neukölln): Donnerstag, 21. April, um 20 Uhr, Restaurant Boß, Allerstr. 40 (Ecke Weisestr.). Thema: Neuer Lohnabbau — Hitlergefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir?

Bremen: Mittwoch, den 20. April, um 20.15 Uhr, im Verbandshaus der Buchdrucker, Am Wall 82 I. Thema: Sozialistische Marktwirtschaft! — Der Ausweg aus den Wirtschaftskrisen.

Frankfurt a. M.: Mittwoch, den 20. April 1932, 20.15 Uhr, Volksbildungsheim: Redner: Karl Hinkel. Thema: Von der Präsidenten- zur Landtags-Wahl.

HAMBURG:

Barmbeck: Freitag, den 22. April, 20.15 Uhr, im Volksheim, Marschnerstr. 36.

Eimsbüttel: Sonnabend, den 23. April, 20.15 Uhr, im Volksheim, Eichenstraße 61.

Rothenburgsort: Mittwoch, den 20. April, 20.15 Uhr, im Volksheim, Billhorner Mühlenweg 41. Thema: Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch aktive Wirtschaftspolitik.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Magdeburg: Mittwoch: den 20. April, 20 Uhr, bei Bleck (früher Lüchtefeld), Knochenhauerufer 27-28. Thema: Arbeiterschaft und Wahlen. Redner: MARIA HODANN (Berlin). Freie Aussprache! Eintritt 20 Pf. Für Erwerbslose 10 Pf.

200 Schafe verbrannt.

H. F. **Gnesen**, 16. April.

Auf dem Gute Altberg geriet nachts der Schafstall in Brand. Durch den Sturm sprang das Feuer auf eine Scheune, drei Wohnhäuser und vier weitere Ställe über. Alle Gebäude wurden vernichtet. Dabei kamen 200 Schafe in den Flammen um.

Die Lokomotivfabrik HENTSCHEL und Sohn AG, Kassel, die Ende vorigen Jahres ihre Werke stillgelegt hatte, wird den Betrieb am 9. Mai wiederaufnehmen. Voraussichtlich werden 1500 bis 2000 Arbeiter eingestellt werden.

Präsident HOOVER hat zur Linderung der Arbeitslosigkeit die allgemeine Einführung der fünftägigen Arbeitswoche vorgeschlagen und dem amerikanischen Kongreß empfohlen, mit der Beamtenschaft den Anfang zu machen, wobei gleichzeitig eine Ersparnis von Verwaltungskosten bezweckt wird.

Der Prozeß über „Felseneck" beginnt am 20. April beim Schwurgericht des Landgerichts III in Berlin. Die Anklage betrifft den nationalsozialistischen Ueberfall auf die Arbeiterkolonie „Felseneck" in Berlin-Reinickendorf; sie richtet sich jedoch gegen 23 überfallene Kolonisten und gegen nur 6 Angreifer. Die Zahl der angreifenden NS war erheblich größer.

Danzig beugt vor.

Politik unter freiem Himmel verboten.

g **Danzig**, 15. April.

Amtlich wird mitgeteilt: Um etwaigen Rückwirkungen auf die öffentliche Ruhe und Ordnung vorzubeugen, welche als Folge der in Deutschland ausgesprochenen Auflösung der SS- und SA-Formationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Danzig eintreten könnten, hat der Danziger Senat für das gesamte Staatsgebiet die Veranstaltung von Umzügen und Versammlungen politischen Charakters unter freiem Himmel bis auf weiteres verboten.

Ein Verbot der SA und SS in Danzig ist nicht erfolgt.

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Montag, den 18. April.

Berlin:
17.50 Prof. HESSE: CHARLES DARWIN.
18.10 Dr. T. KOSSWIG: Die Sozialversicherung nach den Notverordnungen.
18.30 E. TOLLER: Reise in Marokko.

Hamburg:
17.30 BERNH. SCHWERTFEGER: Wie steht es mit der Abrüstungskonferenz?

München:
18.50 GÜNTHER OHLBRECHT: Kündigung und Entlassung im Arbeitsrecht.

Moskau: (Wellenlänge 1304 m und 1481 m):
20.00 „Dneprostroi." (Zur Eröffnung am 1. Mai.)

Dienstag, den 19. April.

Hamburg:
17.30 F. J. FURTWÄNGLER und Dr. A. NOBEL: Indiens soziale Lage.

Königsberg:
18.25 Dr. HANS HEYNICKE: Das Problem der Arbeitslosigkeit in der Welt.

Königswusterhausen:
19.20 Redakteur MIKS und FRITZ TARNOW: Wiederkehr oder Ende des Kapitalismus?
22.15 Dr. RÄUSCHER: Politische Zeitungsschau.

Langenberg:
18.15 Aus „Reise eines Naturforschers um die Welt", von CHARLES DARWIN.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke" vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

.....
Name Ort

.....
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14. Inselstr 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 4. HEFT APRIL 1932

INHALT:

Völkerverständigung:

GRETE HERMANN:
Der Völkerbund.

MINNA SPECHT:
Briand.
Aussprüche Briands.

★

FRITZ GROB:
Gegen die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften.

★

WILLI EICHLER:
Arbeiterschaft und Wahlen.
Die Reichspräsidentenwahl
Die Landtagswahlen in Deutschland

★

Zum Nachdenken:
Die katholische Presse der Vereinigten Staaten.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H. Berlin S 14, Inselstr. 8a

Sonnenblumen-Oel

kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5.50 RM ab hier. Kanne 1,— RM Pfand.

Frischkost-Reformhaus Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

Erstklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge Mäntel ◆ Damen-Mäntel Kostüme
!!! Tadelloser Sitz !!!
Schönheit
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. I,
Stoffmuster vorrätig.

Sprechapparate
Koffer ☐ Schatullen ☐ Schränke
Schallplatten
für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen
Otto Pfotenhauer
Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

BUROBEDARFSARTIKEL
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barcastraße 8.
Telephon: 25 53 42

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Ahasvers
Wanderung und Wandlung
Ein Märchenroman von Heinrich Nelson.
337 Seiten. M. 1,—.

Wer in ein paar Stunden durch die Weltgeschichte wandern will, der greife zu diesem Buch, von dem die „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande" vom 15. November 1924 sagt:

„In dem vorliegenden Buche wird die alte Legende vom ewigen Juden neu umgestaltet. Mit einem enormen Wissen, ohne irgend welchen Gelehrtendünkel, schildert der Verfasser verschiedene Momente, in denen seine Phantasie Ahasver eine Rolle spielen läßt. Mehr als literarische Bedeutung hat daher dieses Werk mit seinen scharfsinnigen, originellen historischen Auffassungen, meines Erachtens wissenschaftlichen Wert."

Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstr. 8a

Um das „Reichsbanner“.

Höltermann war bei Groener.

h **Berlin, 16. April.**

Reichsminister GROENER hatte gestern den Führer des „Reichsbanner“, HÖLTERMANN, zu sich gebeten und ihn um Stellungnahme zu den in der Presse gegen das „Reichsbanner“ erhobenen Vorwürfen ersucht. HÖLTERMANN hat dem Minister erwidert, daß diese Vorwürfe unbegründet seien, daß er aber zur Vermeidung aller Mißdeutungen bereit sei, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

*

Der Besuch HÖLTERMANNS bei GROENER fand also am gleichen Tage statt, an dem die Bundesleitung des „Reichsbanners“ die Auflösung der Schufo bekanntgab.

Hindenburg an Groener.

Wir teilten bereits mit, *daß* HINDENBURG am Sonnabend an GROENER geschrieben hat. Um unseren Lesern die Bildung eines eigenen Urteils darüber zu erleichtern, welche Interessen bei diesen Vorgängen im Spiel sind, teilen wir den Brief wörtlich mit. Er lautet:

„Die das Verbot der SA und SS aussprechende Verordnung vom 13. April 1932 habe ich vollzogen, nachdem Sie mir in ernsten Worten die Schwierigkeit der politischen Lage dargestellt und den Erlaß dieser Verordnung zur Sicherung der Staatsautorität als unbedingt notwendig bezeichnet haben, und nachdem die Reichsregierung einstimmig Ihrem Antrag beigetreten war.

Inzwischen ist mir unter Uebergabe von Belegmaterial mitgeteilt worden, daß ähnlich geartete Organisationen, wie die hier verbotenen, auch bei anderen Parteien bestehen. In Erfüllung meiner Pflicht zur überparteilichen Ausübung meines Amtes und gleichmäßigen Anwendung der Gesetze muß ich verlangen, daß, falls dieses richtig ist, auch diese Organisationen der gleichen Behandlung verfallen. Ich übersende Ihnen anbei das mir zugegangene Material mit dem Ersuchen, es mit dem gleichen Ernste zu prüfen, den ich Ihrem Antrag entgegengebracht habe und mir alsbald das Ergebnis Ihrer Prüfung und einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen. Mit freundlichen Grüßen

VON HINDENBURG.“

Die Erklärung Groeners.

Sie ist ebenfalls am Sonnabend veröffentlicht worden, unter dem Titel „Mein Standpunkt“. GROENER hatte sie, wie gemeldet wird, bereits vor dem Empfang von HINDENBURGS Brief verfaßt. Die wichtigsten Stellen lauten:

„Gerade als Reichswehrminister habe ich es mir zur besonderen Aufgabe gesetzt, den Geist der Wehrhaftigkeit und echter Staatsgesinnung unabhängig von parteipolitischen Einflüssen zu pflegen. . . . Ich muß deshalb die Unterstellung, als ob ich mit der Auflösung der SA für links optiert hätte, ganz entschieden zurückweisen. . . .

In einem Teil der Presse ist nun die Meinung vertreten worden, daß die Regierung nach dem preußischen Wahlspruch „Suum cuique“ (Jedem das Seine. Red.) auch den „Stahlhelm“ und das „Reichsbanner“, mindestens aber das „Reichsbanner“, hätte auflösen müssen. Diese Forderung konnte ich mir nach sorgfältiger Prüfung nicht zu eigen machen. Weder der „Stahlhelm“ noch das „Reichsbanner“ sind mit den nationalsozialistischen Kampforganisationen in bezug auf den militärähnlichen Charakter des Aufbaues und der Funktionsregelung zu vergleichen. . . . Wenn das „Reichsbanner“ sich in den letzten Monaten gegenüber dem Auftreten der SA hat bewegen lassen, seine Organisation für etwaige gewaltsame Auseinandersetzungen zu stärken, so erwarte ich von der Einsicht der Führung des Reichsbanners, daß, abgesehen von den bisherigen Veränderungen, alle diese Maßnahmen in kürzester Frist rückgängig gemacht werden.

. . . die militärähnlichen Organisationen der NSDAP schon durch die Tatsache ihres Bestehens allmählich eine immer größere Gefahr für die Staatsautorität wurden.

Mein Entschluß, diese Gefahr zu beseitigen, stand bereits seit Monaten fest.

Schon ehe ich das Reichsministerium des Innern übernahm, habe ich darüber nachgedacht, auf welche Weise dieses Ziel am besten zu erreichen wäre.

Dabei hatte ich lange Zeit den Gedanken verfolgt, auch die Angehörigen der SA wie die Mitglieder anderer Verbände in einer neuen großen nationalsportlichen Organisation zu einem freiwilligen staatspolitischen Zusammenwirken zusammenzufassen.

Der Gang der politischen Ereignisse seit Anfang dieses Jahres ließ jedoch diese Pläne nicht zur Ausführung kommen. Schließlich wurde es mir klar, daß bei der Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse keine andere Maßnahme in Betracht kommen konnte, als die Auflösung der SA durch Notverordnung . . . Fern von Berlin, während meines Osterurlaubs im Harzer Bergland, bin ich mit mir allein zu Rate gegangen und habe mich frei von äußeren Einflüssen zu diesem Entschluß durchgerungen. . . .

Herr HITLER hat einem ausländischen Korrespondenten gegenüber die Vermutung ausgesprochen, daß Reichskanzler Dr. BRÜNING unter dem Druck des französischen Ministerpräsidenten TARDIEU gehandelt habe. . . . Herr HITLER dürfte selbst wissen, wie man solche leichtfertige und offenbar beabsichtigte üble Nachrede zu beurteilen hat. Wenn Herr HITLER mit Drohungen arbeitet, sich im Auslande über die deutsche Regierung zu beschweren, so wird man über diese Art von Politik, die ein bezeichnendes Licht auf seinen Charakter und seine nationale Einstellung wirft, kein Wort zu verlieren haben.

. . . Meine Bemühungen in der nächsten Zeit werden dahin gehen, die gesamte deutsche Jugend ohne Ansehen der Partei in Sportorganisationen zusammenzufassen zur Ertüchtigung von Körper und Geist und zur Pflege staatspolitischen Denkens und Wollens. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß diese Maßnahme dazu beitragen wird, die verschiedenen, vielfach aus idealen Motiven sich befehdenden Kreise unserer jungen Generation wieder einander näher zu bringen. Mein herzlichstes Streben ist, daß der Geist echter Vaterlandsliebe und die innige Verbundenheit mit dem Volksganzen unsere gesamte deutsche Jugend zu einer inneren Einheit zusammenschließe.“

Die „Reichsbanner“-Führung erklärt:

„Das ‚Reichsbanner‘ ist bereit, das gesamte Aktenmaterial des Bundes den Behörden zur Einsicht zur Verfügung zu stellen. **Es gibt darin nichts, was dem von den Behörden beschlagnahmten Material bei der SA auch nur entfernt ähnlich wäre.“** — „Keine Stäbe . . ., keine Dienststellen und keine Befehle.“

Das „Reichsbanner“ wagt öffentlich zu erklären, was es ist: in Breslau erklärte nämlich HÖLTERMANN am Sonntag: „Wir bleiben, was wir eigentlich sind: eine Vereinigung ehemaliger republikanischer Kriegsteilnehmer und deren Söhne. Wir bleiben, was wir immer sein wollten: eine freiwillige Organisation, die den Staat verteidigt und dort für ihn eintritt, wo es not tut. Wir haben in den letzten drei Monaten einen Angriff auf den Staat abgewehrt. Jetzt wollen wir vorwärts marschieren in ein besseres Deutschland. Ihm gilt auch in Zukunft alle unsere Tätigkeit.“

Die letzten Sätze könnte auch HINDENBURG gesagt haben. Und dies ganze Programm HÖLTERMANNS ist vereinbar mit dem GROENERS: „Sportorganisationen zur Ertüchtigung von Körper und Geist und zur Pflege staatspolitischen Denkens und Wollens.“

Die Parteien zu den Vorgängen.

Die Rechte ist sehr unzufrieden mit GROENER. Diese Unzufriedenheit äußert sich nicht nur in der HUGENBERG-Presse, sondern auch bei DINGELDEY, der es begrüßt, daß HINDENBURG mit seinem Brief an GROENER eingriffe, um die Unparteilichkeit zu verteidigen. Auch der Führer der HINDENBURG-Wahlagitation, GEREKE (Landvolk),

„bedauert es schmerzlich, daß der Name des Reichspräsidenten jetzt mit diesem Verbot in Verbindung gebracht worden ist. Es muß einmal klargestellt werden, daß die Verantwortung dafür in erster Linie der Reichsinnenminister GROENER trägt zusammen mit jenen Länderregierungen, die dieses Verbot unbedingt immer wieder gefordert haben.“

Die „Germania“ fragt, ob etwa Organisationen außer der SA sich für staatliche Waffenlager interessierten, den staatlichen Apparat bespitzelten, Generalstab, Blinkdienst und Aufmarschpläne gegen den Staat aufgebaut hätten; und sie fährt fort mit der Unabhängigkeit, die das Zentrum auch gegenüber Gruppen wie dem „Reichsbanner“ hat:

„Wir werden nicht zögern, aus der Verantwortung dieser Fragen klare Konsequenzen zu ziehen, die uns um so leichter fallen, als wir, wie oft genug betont, von keiner dieser Organisationen erbaut sind.“

Die „Rote Fahne“:

„Während Herr HITLER sich mit Hilfe des ‚Verbotes‘ der SA ganz legal und ‚regierungsfähig‘ macht, wird das „Reichsbanner“ abgerüstet.“ „Der Wortlaut des HINDENBURG-Schreibens . . . nennt keine Organisation, aber seine Konsequenzen treffen vor allem den antifaschistischen Kampfbund . . . .“

*

Welcher Grund sollte die Regierung veranlassen, das so harmlose „Reichsbanner“ zu verbieten? Trotzdem ist natürlich ein solches Verbot möglich. Vielleicht aber kann GROENER für seine eigenen, in der Erklärung „Mein Standpunkt“ mitgeteilten Pläne das „Reichsbanner“ benutzen.

Mit dem Versuch hingegen, den „antifaschistischen Kampfbund“ zu verbieten, muß man rechnen; um so eher, als ein solches Verbot dem Schein der Unparteilichkeit der Regierung dienen würde. Aber die Kommunisten haben ja jetzt hinreichend Zeit gehabt, dafür zu sorgen, daß bei etwaigen Haussuchungen der Regierung kein den „antifaschistischen Kampfbund“ belastendes Material in die Hände fällt.

Französische und englische Presse zum Hindenburg-Brief.

Französische Rechtsblätter nehmen Anstoß daran, daß HINDENBURG auf die Auflösung des „Reichsbanners“ dränge, obwohl dies eine republikanische Vereinigung sei. Gewisse mit den NS sympathisierende Militärs stünden wohl hinter HINDENBURGS Schritt. Mehr links stehende Zeitungen, z. B. „Ere Nouvelle“, das Blatt der Radikalsozialisten, sehen in HINDENBURGS Schritt einen Akt der Unparteilichkeit.

So urteilt auch die englische Presse, z. B. die Sonntagszeitung „Observer“, die wegen des politischen Urteils ihres Gründers GARVIN ein besonderes Ansehen genießt. Der „Observer“ schreibt, HINDENBURG habe „einen ganz hervorragenden Schritt unternommen“.

Charles Darwin.

(Gestorben am 19. April 1882).

50 Jahre sind vergangen, seit der große englische Naturforscher starb, und immer noch herrscht keine Einigkeit darüber, wieweit seine Lehre aufrechterhalten werden kann, und in welchen Punkten neuere Forschungen zu einer anderen Auffassung zwingen.

In einem Punkt allerdings scheinen wir uns einer erfreulichen Klärung zu nähern: Die großen weltanschaulichen Konsequenzen, die von allen Seiten, von links und rechts, von Pazifisten und Militaristen, von Revolutionären und Reformisten, Nationalisten und Sozialisten aus den naturwissenschaftlichen Lehren DARWINS gezogen worden sind, erweisen sich als unhaltbar. Denn, wie auch die naturwissenschaftlichen Tatsachen sein mögen, niemals kann man ethische Gebote aus naturwissenschaftlichen Erfahrungen ableiten. Ganz ausgestorben sind diese vergeblichen Bemühungen, die noch vor einigen Jahrzehnten zu heftigen Kämpfen, öffentlichen Disputationen führten, immer noch nicht. Und so können wir denn, um gleichzeitig den prinzipiellen Fehler aller dieser Unternehmungen aufzuweisen, auf den kürzlich von HEINRICH SCHMIDT, einem Führer der Monisten, unternommenen Versuch einer „monistischen Ethik“ („Harmonie, Dresden 1931) hinweisen.

SCHMIDT sagt, es sei ein *Natur*gesetz, daß in der Natur, vor allem in den Lebewesen, alles nach Harmonie strebt; daraus macht SCHMIDT ohne weiteres ein *Sitten*gesetz: „Streben nach innerer und äußerer Harmonie!“

Es fehlt jegliche Begründung dafür, warum wir das tun sollen, was in der Natur gewöhnlich geschieht. Genau so gut kann man auch sagen: strebe nach Zerstörung der Harmonie, weil es in der Natur ohnehin reichlich davon gibt.

Meint man aber, dies zu fordern sei sinnlos, weil wir uns dem Naturstreben nach Harmonie nicht entziehen können, dann ist es auch sinnlos, überhaupt noch zu *fordern*, daß wir nach Harmonie streben *sollen*.

Uebrigens könnte man ja auch so schließen: Die Natur ist grausam, also strebe nach Grausamkeit. In der Tat ist die DARWINsche Lehre vielfach im Sinne dieser Folgerung mißbraucht worden.

Immerhin wollen wir nicht vergessen, daß es Zeiten gab, in denen solche Weltanschauungskämpfe unter Gelehrten offen ausgetragen werden konnten, wo Jesuiten, Monisten und Atheisten öffentlich miteinander diskutierten. Ich erinnere an eine Vortragsreihe des Jesuitenpaters WASMANN über christliche Lehre und Darwinismus, die 1907 in Berlin stattfand, und an die sich eine ausführliche Diskussion anschloß.

Worin besteht nun eigentlich DARWINS naturwissenschaftliche Lehre? Darüber herrscht in weiten Kreisen eine auffällige Unklarheit. DARWIN hat nicht etwa, wie oft vermutet wird, als erster die Ansicht vertreten, daß die Lebewesen sich erst im Laufe von Jahrtausenden und Jahrmillionen zu dem entwickelt haben, was sie jetzt sind. Es ist richtig, daß DARWIN diese Ansicht mit besonderer Entschiedenheit vertreten und auch viele naturwissenschaftliche Gründe für sie zusammengetragen hat.

Aber schon GOETHE sprach von der „Urpflanze“, wobei freilich nicht klar ist, ob das nur ein dichterisches Produkt, die Darstellung des „Wesens“ der Pflanze sein sollte, oder wirklich etwas, das in der Natur einmal existiert hat.

Hingegen wurde die Abstammung der jetzt lebenden Arten von anderen, ausgestorbenen Arten mit aller Bestimmtheit schon 1794 behauptet, und zwar bemerkenswerterweise von ERASMUS DARWIN, dem Großvater des bekannten CHARLES DARWIN.

Nun kam es aber für den Naturforscher vor allem darauf an, die Abstammung auch zu *erklären*, also zu erforschen, aus welchen Ursachen sich die Arten früherer Zeitalter umgewandelt haben in die jetzt lebenden Tiere und Pflanzen. Auch bei diesen Erklärungsversuchen war CCHARLES DARWIN nicht der erste. Besonders LAMARCK hat schon zu Anfang des vorigen Jahrhunderts eine Erklärung versucht. Das Hauptproblem, welches der Lösung harrte, war vor allem, warum die Tiere und Pflanzen sich gerade zu solchen Formen entwickelt haben, die außerordentlich zweckmäßig gebaut sind, d. h.: die so gebaut sind, daß ihre Erhaltung sehr begünstigt ist. Nehmen wir zur Erläuterung einige Beispiele: Schwimmvögel haben Schwimmfüße, Sumpfvögel haben lange Beine; die Giraffe, die sich vom Laub der Bäume ernährt, hat einen langen Hals und hohe Vorderbeine.

LAMARCK hat sich nun folgende Erklärung zurechtgelegt, die wir am Beispiel der Giraffe darlegen wollen. Die Giraffe will an Bäumen weiden, darum reckt sie ihren Hals empor und streckt ihre Vorderbeine. Durch diese dauernde Uebung werden Hals und Vorderbeine im Laufe einiger Jahre, bis das Tier zur Fortpflanzung gelangt, etwas länger. LAMARCK dachte dabei an ähnliche Erfahrungen wie beim Menschen: Ein Jäger hat gute Augen, ein Boxer kräftige Muskeln u. s. w. Ferner meinte nun LAMARCK, daß der im Laufe der Jahre erworbene lange Hals und die langen Vorderbeine der Giraffe sich auf die nächste Generation durch Vererbung übertragen; im Laufe der Generationen sollen auf diese Weise die Hälse und Vorderbeine immer länger werden.

Dieser Erklärungsgrund arbeitet mit der Annahme, daß Eigenschaften, die im Laufe des Lebens erworben wurden, sich auf die Kinder übertragen. Das ist aber auch gerade der Mangel des LAMARCKschen Erklärungsversuchs; denn die neuere Vererbungsforschung hat gezeigt, daß alle älteren Angaben über die Möglichkeit einer „Vererbung erworbener Eigenschaften“ nicht einwandfrei sind. Auch die Kinder des Jägers haben keine über den Durchschnitt guten Augen, und die Kinder des Boxers haben Muskeln wie alle anderen Kinder.

Erst 1859 erschien dann DARWINS Buch: „Ueber die Entstehung der Arten“, in dem eine neuartige Erklärung für die Entwicklung der Lebewesen versucht wurde. DARWIN ging von der Tatsache aus, daß die Exemplare einer Tier- oder Pflanzenart nicht alle ganz gleichartige beschaffen sind, sondern geringe Unterschiede aufweisen. Sagen wir z. B., daß bei einem Hasen die Beine etwas länger sind, als bei einem zweiten. Solche langbeinigen Hasen können besonders schnell laufen; sie sind daher besser ausgerüstet für den „Kampf ums Dasein“; sie fallen einem Fuchs oder einem anderen Raubtier nicht so leicht zum Opfer und haben daher mehr als die anderen Individuen Aussicht, zur Fortpflanzung zu gelangen. Bei der nächsten Hasengeneration wird es also eine größere Zahl von langbeinigen geben als vorher. Das setzt sich dann bei den nächstfolgenden Generationen fort und so entstehen allmählich Hasen, die sehr schnell laufen können.

Gegen diese Erklärung lassen sich manche Einwände erheben, so z. B. der, daß sie zwar manche Organumwandlung verständlich machen kann, nicht aber die Entstehung neuartiger Organe.

In neuerer Zeit neigt man immer mehr der Auffassung zu, daß die stammesgeschichtliche Entwicklung sich nicht so sehr aus Ursachen der Umwelt, sondern in erter Linie aus Ursachen erklärt, die in den Lebewesen selber liegen. Zum Beispiel können sich bei einigen Tieren aus inneren Ursachen Hörner ausbilden, und wenn das Tier die Hörner erst mal hat, dann benutzt es sie oben: Der Ochse stößt, weil er Hörner hat, aber er hat nicht die Hörner bekommen, damit er stoßen kann. Ein Vogel mit langen Beinen kann in die Sümpfe gehen, ein Tier mit langem Hals kann von Bäumen weiden. Natürlich stehen wir noch vor der sehr schwierigen Frage, welche inneren Ursachen es denn sind, die die Umwandlung und Neuentstehung von Organen bedingen.

Daß im übrigen auch die Umweltbedingungen, also vor allem die Ausmerzung der ungeeigneten Lebewesen eine Rolle spielen, können wir DARWIN gern zugestehen.

Ferner dürfen wir DARWIN das Verdienst zugestehen, zur Brechung kirchlicher Dogmen beigetragen zu haben.

Bg.

Arbeitsbeschaffung als Reklametrick.

In Nr. 77 berichteten wir unter derselben Ueberschrift über die Reklame, die die Firma Perusa damit macht, daß sie Handarbeiterinnen, angeblich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, eingestellt hat.

Die sentimentale Reklame der Firma geht mit Hilfe der Presse weiter, wie die nachstehenden Zeilen zeigen, die wir den „Münchener Neuesten Nachrichten" (Nr. 96, vom 9. April) entnehmen.

„Draußen in der Trogerstraße, wo bisher noch Zigarillos gedreht wurden, hat die Perusa G. m. b. H. einen Handarbeitszigarettengroßbetrieb in Schwung gesetzt. Ist das nicht ein Rückschritt? Im Zeitalter, in dem immer feinere Maschinen immer mehr Menschen entbehrlich machen! 14 modernste Maschinen können 6000 Menschen, 12 000 Hände ersetzen, können täglich bis zu 15 Millionen Zigaretten herstellen. Und nun sagt ein Kreis von Männern: Wir machen wieder Handarbeitszigaretten, sagt es und tut es.

Schon seit Wochen kommen leinwandbespannte Kästen mit zweierlei Tabakmischungen in die Trogerstraße, werden auf viele Tische verteilt, an denen jetzt schon rund *250 Menschen*, weißgekleidete Mädchen mit weißen schmucken Häubchen sitzen, immer fünf in einer Reihe. Am flinksten sind die Hände bei der Gruppe, die als erste zu den österreichischen Lehrmeisterinnen kamen, die man zum Anlernen der Neulinge für kurze Zeit herbeigeholt hat. Mehrere Säle sind schon voll arbeitender Menschen, die auch dem Laien verschiedene Fertigkeitsgrade zeigen. Und immer neue Räume werden frei gemacht, um schließlich *bis zu 600 Zigarettendreherinnen* nach und nach aufzunehmen.

„Warum, *Herr Hofrat*, führten Sie jetzt wieder die Handarbeit ein, die doch teuerer sein muß als die maschinelle Herstellung?" „Das hat zwei Hauptgründe. Einmal ist und bleibt Handarbeit *Qualitätsarbeit*, dann aber war die Einführung der Handarbeit ein praktischer Versuch, die *Arbeitslosigkeit zu bekämpfen*, also eine soziale Maßnahme. Würden in den Räumen statt der 250 Arbeiterinnen Maschinen stehen, *so müßten 245 von ihnen stempeln gehen*." — „Und was für einen Vorteil hat die Firma von diesem Unternehmen?" — *„Zunächst nur Sorgen."*

*

Was für Sorgen die Arbeiterinnen bei der Firma Perusa haben, schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten" nicht. Wir erhalten darüber von einem Münchener Mitarbeiter die folgenden Angaben:

Bei dem bisherigen Maschinenbetrieb betrug der tarifliche Lohn 3,50 Mark bis 4,50 Mark für 1000 Zigaretten. Dabei betrug die Höchstleistung täglich 2000 Stück für eine Arbeiterin. Meistens brachten die Arbeiterinnen 1000 bis 1500 Stück täglich zustande. Sie arbeiteten 6 Tage in der Woche. Sie erhielten also, bei einer durchschnittlichen Leistung von 1500 Stück am Tag und einem durchschnittlichen Akkordsatz von 4 Mark, in der Woche einen Lohn von 36 Mark.

Für die Zeit des Anlernens der Handarbeiterinnen ist mit den Gewerkschaften für 10 Wochen ein Stundenlohn von 47,7 Pfennig vereinbart worden. Gearbeitet wird in der Woche 42,5 Stunden. Die Arbeiterinnen erhalten also nur 20,27 Mark in der Woche, stehen sich also ganz wesentlich schlechter, als vorher bei der Maschinenarbeit.

Die Firma selber hofft, ihre „Sorgen" dadurch los zu werden, daß sie einen Zuschuß von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung erhält. Ferner hat sie einen Antrag auf Steuernachlaß gestellt. Ein Steuernachlaß würde sehr viel ausmachen, da die Zölle und Steuern bei den 4- bis 5-Pfennig-Zigaretten 40 bis 50 Prozent vom Preis ausmachen. — Es ist sehr wahrscheinlich, daß auf diesen Umwegen die Einstellung der Arbeiterinnen, denen wir die neu gewonnenen Arbeitsstellen gern gönnen, von der Arbeiterschaft finanziert wird.

— t.

Kapitalistische Planwirtschaft?

Bg. **Jena**, 15. April.

Auf einer Versammlung des Allgemeinen freien Angestelltenbundes sprach hier der Thüringer Gauleiter des ZdA, Kollege Brack, über Arbeitsbeschaffung. Sein Programm entsprach im wesentlichen den bekannten Forderungen des AfA-Bundes (vgl. „Funke" Nr. 71). Leider wurden die Mängel dieses Programms in Bracks Ausführungen noch gesteigert, nämlich dadurch, daß auf die Verstaatlichung möglichst vieler Industriezweige und vor allem auch auf ein staatliches Außenhandelsmonopol das Hauptgewicht gelegt wurde, und zwar sollte das möglichst „schon morgen" geschehen. Brack will „planwirtschaftliche Sektoren" in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung schaffen.

Die Bedenken gegen diese Forderungen hätte Brack leicht finden können, wenn er die von ihm gegebene Begründung für die Durchführbarkeit seiner Pläne gut durchdacht hätte. Er sagte, das Wort „Sozialisierung" stoße jetzt nicht mehr auf große Schwierigkeiten, und auch gegen eine Planwirtschaft seien selbst bürgerliche Volkswirtschaftler nicht abgeneigt, höchstens suche man noch nach einem neutralen Wort für die Planwirtschaft.

Diese Zustimmung hätte Brack stutzig machen sollen, er hätte dann selber das herausgefunden, was in der Diskussion namentlich von Professor Hermberg mit aller Entschiedenheit betont wurde: Planwirtschaftliche Sektoren in der kapitalistischen Wirtschaft bedeuten erstens eine Sozialisierung der Pleiten und zweitens werden sie die Krise höchstens verschärfen. Hermberg erläuterte das vor allem an dem vorgeschlagenen Außenhandelsmonopol. Dieses werde bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen nur der Landwirtschaft (genauer: den Großgrundbesitzern, Bg.) zugute kommen und daher eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung mit ihrer krisenverschärfenden Wirkung nach sich ziehen. Ein Instrument, und sei es noch so gut, könne die schlimmsten Folgen haben, wenn es nicht von den geeigneten Menschen bedient wird.

Da dieser Standpunkt den Lesern des „Funken" nicht fremd sein wird, brauche ich hier auf Hermbergs treffende Gründe gegen die von Brack gewünschte kapitalistische Planwirtschaft (er selber nannte sie allerdings nicht so) nicht weiter einzugehen. Nur möchte ich noch hervorheben, daß Hermberg aus seinem Standpunkt auch die gleichen Folgerungen ableitete wie wir: Jetzt kommt es nicht darauf an, Instrumente zu schaffen, die von den Kapitalisten doch nur mißbraucht werden, sondern es kommt vor allem darauf an, die Arbeiterschaft zu einem Machtblock zusammenzufügen, damit die Macht möglichst bald in den Händen derer liegt, die die guten Instrumente auch gut zu bedienen verstehen.

Hier will ich nicht verschweigen, daß Hermberg sich die zukünftige Wirtschaft anders denkt als wir.

Leider ging Brack in seinem Schlußwort um die ernsten Einwände herum. Und gerade das ist noch viel bedauerlicher als seine Theorien selber. Denn gerade diejenigen, die viel von planwirtschaftlichen Sektoren sprechen, sollten zum mindesten selber einen planwirtschaftlichen Sektor innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung bilden, indem sie bei der Aufstellung und Nachprüfung ihrer Theorien planmäßig vorgehen, also vor allem auf Gründe hören.

Erleichterung für Siedler in Preußen.

Stimmenfang?

Das Preußische Staatsministerium hat beschlossen, allen Siedlern, die in Preußen auf die Landesrentenbank übernommen sind oder nach dem 1. April 1924 ihre Stellen mit finanzieller Hilfe Preußens übernommen haben, die Hälfte der Zinsen und Renten nachzulassen, die in der Zeit vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 zu bezahlen sind.

DEUTSCHLAND

Produktionsrückgang: Wie die nachstehende Tabelle des Instituts für Konjunkturforschung zeigt, ist die Konsumgüter-Produktion in der Krise weit widerstandsfähiger als die Produktionsgüter-Produktion:

	Rückgang bis Februar 1932 in Prozenten	
	gegenüber dem konjunkturellen Höchststand	gegenüber Mai 1931
Warenerzeugung insgesamt . .	38,5	20,0
Produktionsgüter	62,1	35,5
Industrielle und landwirtschaftliche Konsumgüter	32,1	13,7

Bauwirtschaft: Der Produktionswert des Baugewerbes wird vom Institut für Konjunkturforschung für 1932 auf rund 2 Milliarden Mark geschätzt. 1930 betrug der Produktionswert noch 7,1 Milliarden Mark, 1931 war er bereits auf 4 Milliarden Mark gesunken.

Der Produktionsrückgang von 1930 auf 1931 hat im Jahresdurchschnitt rund 170 000 Bauarbeiter freigesetzt. Wenn die Bauproduktion im laufenden Jahr auf 2 Milliarden Mark zusammenschrumpft, dann werden weitere 100 000 bis 150 000 Bauarbeiter beschäftigungslos werden. Das würde im Jahresdurchschnitt 1932 eine Arbeitslosigkeit von 800 000 bis 900 000 Bauarbeitern bedeuten.

Zementabsatz: Der Zementabsatz hat sich im März gegenüber dem Februar beinahe verdoppelt; er betrug 184 000 Tonnen; das sind aber immerhin 40 Prozent weniger als im März 1931.

Der richtige Mann — für die Reeder: Der Präsident des Verbandes deutscher Reeder, Staatsminister a. D. Graf von Roedern, wird in Kürze zum Reichskommissar für die Schiffahrt ernannt werden.

OESTERREICH

Ausfuhrverbote in Aussicht: Nachdem Oesterreichs Bemühungen, durch Verhandlungen mit anderen Ländern handelspolitische Erleichterungen zu erhalten, gescheitert sind, geht es nunmehr daran, einen Plan zum Erlaß von Einfuhrverboten auszuarbeiten.

FRANKREICH

Goldbestand: Nachdem kürzlich der Wochenausweis der Bank von Frankreich erstmals einen Rückgang des Goldbestandes zeigte, weist der neueste Wochenausweis einen Zuwachs des Goldbestandes im Werte von 123 Millionen Francs auf. Der Goldbestand beträgt jetzt 76,9 Milliarden Francs. Die Golddeckung der Noten hat die Rekordhöhe von 70 Prozent erreicht. — Der Devisenbestand ist um mehr zurückgegangen, als der Goldbestand zugenommen hat, nämlich um 208 Millionen Francs.

Die *gläubigen Schafe* in Frankreich sind dem Rufe ihres Hirten, des Kardinalerzbischofs von Paris, gefolgt: Die 20-Millionen-Francs-Anleihe ist bereits am ersten Tage überzeichnet worden. Mit dieser Anleihe soll der Bau von Kirchen finanziert werden, um so der Arbeitslosigkeit zu steuern.

Getreidepreise diesseits und jenseits der Zollmauern.

(In Mark per Doppelzentner.)

	Diesseits. Berliner Produktenbörse. Wochendurchschnitt.			Jenseits. Hamburg. unverzollt.
	10.4 —16.4.	Vorwoche	Vorjahr	16. 4.
Weizen	26,18	25,95	29,02	11,05
Roggen	19,90	19,97	19,27	10,03
Braugerste . .	19,14	18,79	24,41	—
Futtergerste . .	18,23	17,68	23,12	10,45
Hafer . . .	16,66	16,42	17,88	8,16
Weizenmehl . .	33,41	33,27	37,63	—
Roggenmehl . .	27,08	27,18	28,65	—

Bausteine zum Wirtschaftswissen.

Die unter dieser Ueberschrift erscheinenden Beiträge sollen dazu dienen, unseren Lesern das Verständnis wirtschaftlicher Nachrichten zu erleichtern. Wir bitten um Anregungen, welche Fragen wir behandeln sollen. Die Schriftleitung.

Was ist ein Wechsel?

Ein Wechsel ist eine Verpflichtung, eine bestimmte Geldsumme zu zahlen. Je nachdem, ob der Aussteller selber die Zahlungsverpflichtung übernimmt, oder ob er eine dritte Person anweist, an einem bestimmten Tag und Ort eine bestimmte Geldsumme zu zahlen, unterscheidet man sogenannte *eigene* Wechsel und *gezogene* Wechsel.

Vor dem Gesetz gilt ein Wechsel nur als solcher, wenn er die wesentlichen Bestandteile eines Wechsels enthält. Es gibt acht wesentliche Bestandteile des Wechsels:

1. Wechseldatum (Ort, Monatsdatum und Jahr der Ausstellung).
2. Fälligkeit.
3. Wechselklausel. (Aus dem Wechseltext selber muß hervorgehen, daß es sich um einen Wechsel handelt. Zum Beispiel: „Gegen diesen Wechsel zahlen Sie . . .")
4. Name oder Firma desjenigen, an den die im Wechsel genannte Summe gezahlt werden soll (in unserem nachstehenden Beispiel: Friedrich Meier A. G.).
5. Wechselsumme.
6. Name desjenigen, der die Zahlung leisten soll, des „Bezogenen" (in unserem Beispiel: Ernst Hall).
7. Zahlungsort (in unserem Beispiel: Erfurt).
8. Unterschrift des Ausstellers (in unserem Beispiel: S. Lehmann Söhne).

Ein Wechsel sieht demnach, abgesehen von allen anderen Zusätzen, die er enthalten kann, folgendermaßen aus:

> Berlin S 14, den 2. April 1932. Für M 2000,—
>
> Am 2. Juni dieses Jahres zahlen Sie für diesen Wechsel an die Order der Friedrich Meier A. G., Köln, die Summe von
>
> Mark Zweitausend . . . . . .
>
> Herrn Ernst Hall in Erfurt. S. Lehmann Söhne.

Der Aussteller haftet dem Wechselgläubiger dafür, daß der Wechselschuldner die genannte Summe am Fälligkeitstag zahlt. Der Wechselschuldner selber übernimmt mit der bloßen Ausstellung des Wechsels durch einen anderen natürlich noch keine Verpflichtung, sondern erst dadurch, daß er den Wechsel „annimmt", „akzeptiert". Diese Annahme geschieht gewöhnlich durch die Unterschrift des Schuldners, die er quer über den Wechsel setzt (akzeptieren, „querschreiben"). — Jeder, der einen Wechsel unterschreibt, haftet allen späteren Erwerbern für die Einlösung des Wechsels. —

An dem Wechselgeschäft sind häufig Banken beteiligt. Löst ein Wechselschuldner einen Wechsel nicht ein (läßt er ihn zu „Protest gehen"), dann setzen die Banken den betreffenden Namen auf die Schwarze Liste. Wechsel von solchen Firmen, die auf der schwarzen Liste stehen, werden von Banken nicht mehr gekauft.

Die Annahme eines Wechsels bietet dem Gläubiger mehr Sicherheit, als er bei der einfachen Stundung einer Zahlung hat. Denn auf Grund des Wechsel-Gesetzes (der „Wechsel-Ordnung") steht dem Wechselgläubiger ein besonderes Verfahren zur Verfügung für den Fall der Nichteinlösung. Dieses Verfahren zeichnet sich aus durch schnelle Erledigung und Erleichterung der Zwangsvollstreckung. —

Die Umstände, denen der Wechsel seine Entstehung verdankt, sind aus dem Wechseltext nicht ersichtlich. Der Schuldgrund kann zum Beispiel — wenn wir die im obigen Wechseltext gemachten Angaben benutzen — folgender sein: S. Lehmann Söhne haben an Ernst Hall Waren für 2000 Mark geliefert. Hall will die Ware erst nach zwei Monaten bezahlen.

Da S. Lehmann Söhne selber aus irgendeinem Grunde in einem Schuldverhältnis zur Friedrich Meier A. G. stehen, ziehen sie einen Wechsel auf Hall und verpflichten ihn, an die Friedrich Meier A. G. zu zahlen. Die Friedrich Meier A. G. kann nun ihrerseits den erhaltenen Wechsel wieder weitergeben und damit eine eigene Schuld begleichen. Sie kann ihn auch ihrer Bank verkaufen gegen Vergütung der Zinsen bis zum Fälligkeitstermin, die Zinsen werden dabei von dem Kaufpreis abgezogen (man nennt diesen Vorgang „Diskontieren"). Die Friedrich Meier A. G. kann dann über Bargeld verfügen, und die Bank, mit der sie das Diskontgeschäft abgeschlossen hat, wird am Fälligkeitstag die im Wechsel genannte Summe von Hall einziehen.

Aus der vorstehenden Darstellung ergibt sich: Der Wechsel ist Kreditmittel und Zahlungsmittel. Ein Schuldner kann Kredit in Anspruch nehmen dadurch, daß er einen Wechsel unterschreibt. Sein Gläubiger, dem er diesen Wechsel gibt, hat ein Zahlungsmittel in der Hand, das er entweder direkt zur Begleichung von Schulden benutzen kann oder bei einer Bank zu Bargeld machen kann.

Das Wechseldiskontgeschäft wird in sehr großem Umfang von der Reichsbank ausgeübt. Im Gegensatz zu anderen Banken, die häufig die angekauften Wechsel wieder verkaufen (rediskontieren), behält die Reichsbank die Wechsel bis zur Fälligkeit und legt sie dann dem Schuldner zur Einlösung vor.

Im Reichsbank-Ausweis ist jeweils die Summe angegeben, die im Besitz der Reichsbank ist. Am 7. April waren es rund 3200 Millionen Mark einschließlich Schecks, die aber nur einen geringen Betrag ausmachen. Für diese Wechsel hat die Reichsbank entweder Noten ausgeben, oder sie hat die entsprechenden Beträge ihren Kunden auf Giro-Guthaben gutgeschrieben. Am 17. April betrug der Notenumlauf rund 4 Milliarden Mark. Die Summe der Giro-Guthaben war 370 Millionen Mark. Wir sehen, der weitaus größte Teil der Banknoten kommt dadurch in den Verkehr, daß die Reichsbank dafür Wechsel kauft, sie diskontiert. Den Zinssatz, den die Reichsbank beim Ankauf von Wechseln berechnet, der Diskontsatz, beträgt seit dem 9. April 5½ Prozent.

Bey.